

te Klöckner dann zu Niedrigpreisen ins Ausland. Dem Verband hingegen meldete die Firma stets die abgesprochenen Mengen.

Mit seiner „verschleierte Überproduktion“, schimpfte unlängst Thyssen-Chef Dieter Spethmann, habe Gienow erheblich zum Preisverfall in der Branche beigetragen.

Derartige Angriffe nimmt der umstrittene Stahlmann in der Gewißheit hin, daß der Schwarzhandel mit dazu beitrug, sein Unternehmen vor dem Schlimmsten zu bewahren. Denn um Klöckner war es Ende der siebziger Jahre so schlecht bestellt, daß Gienow als einer der ersten Manager der Branche den Staat um Bürgschaften und Subventionen anbettelte. Als Bonn Hilfe verweigerte, mußte er schließlich im Mai 1980 das Kapital herabsetzen und sich durch den Verkauf neuer Aktien Geld verschaffen. Den Aktionären versprach er damals ausgeglichene Bilanzen.

Bei dem letzten Jahresabschluß gelang das allerdings nur nach einigen Schönheitsreparaturen. So schreibt beispielsweise Klöckner das Anlagevermögen langsamer ab als andere Stahlfirmen. Die Finanzmanager in Duisburg legen damit weniger Geld für neue Maschinen oder Fabriken beiseite als die Mitbewerber.

Bei den Pensionsrückstellungen sparte Klöckner nach den Schätzungen von Bilanzexperten rund 200 Millionen Mark ein. Denn schon seit 1974, dem letzten Boomjahr, wurde diese Position nicht mehr aufgestockt.

Daß Gienow solche Manöver nötig hat, kann er nicht allein der Stahlkrise zuschreiben. Das Management hat am Niedergang des Hütten-Konzerns durch gravierende Fehlleistungen einen Anteil.

Als teure Fehlentscheidung erwies sich vor allem die Ende 1974 kompletierte Bremer Hütte. Ihre Warmbreitbandstraße ist zu groß geraten, zudem mangelt es an lukrativer Weiterverarbeitung.

Ein böser Reinfall wurde auch der Kauf der Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg, die Gienow aus dem Flick-Imperium erwarb. Bereits im ersten Jahr mußte der neue Eigentümer zweistellige Millionenverluste bilanzieren.

Verständlich, daß einer, der so in Not ist, sich nicht auch noch vorschreiben lassen will, wieviel er produzieren darf. Und da stört es Herbert Gienow auch wenig, daß er mit seiner Trotz-Tour das europäische Zwangskartell womöglich verlängert.

Selbst Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, der den Klöckner-Mann nach Bonn geladen hatte, gelang es nicht, Gienow zur Umkehr zu bewegen. Lambsdorff nach dem erfolglosen Gespräch: „Nun stehen Sie allein gegen ganz Europa.“

UMWELT

Dauernd Rambazamba

Auf gewaltsame Konflikte ungekannter Schärfe rüstet Hessens Polizei im Streit um die Erweiterung des Frankfurter Flughafens. Staatsschützer rechnen diesmal auch mit Angriffen auf den Luftverkehr.

Ekkehard Gries, Innenminister von Hessen, machte eine Ortsbesichtigung im Fernen Osten — und fühlte sich wie zu Hause.

Checkpoints, Wachtürme auf Sichtweite, ein dreifacher Zaun und bewaffnete Patrouillen rund um Tokios neuen Airport Narita erinnerten den Freidemokraten nachhaltig „an die DDR-Grenze“. Unter „diesen Umständen“,

wich der Minister zurück, „können wir einen Flughafen nicht betreiben“.

Eine Nachschau der blutigen Kämpfe um Narita, bei denen enteignete Reisbauern und radikale Studenten mit Bambuslanzen auf Polizisten einstachen, kam dem Minister „erschreckend“ vor. „Geradezu abenteuerlich“ erschien ihm die Eroberung des Towers: Zehn Flughafengegner waren aus der Kanalisation aufgetaucht und hatten im Kontrollturm die Radareinrichtungen zertrümmert.

In geheimer Mission war Gries mit dem Frankfurter Polizeipräsidenten Karlheinz Gemmer und hessischen Sicherheitsexperten im Gefolge Anfang Juni nach Japan gereist, um „an einem konkreten Objekt“ zu sehen, „womit man sich auseinandersetzen mußte und wie man damit fertig geworden ist“. Die Schlacht um Japans Großflughafen sollte Lehrstück sein für den erwartete-



Protestdemonstration am Frankfurter Flughafengelände: „Diesmal gibt es ...“



... die ganz große Eskalation“: Polizeiaktion gegen Demonstranten am Flughafen

HITACHI



RAUMKLIMA GERÄTE

Tip Nr.5

Wollen
Sie mehrere
Räume
kostengünstig
klimatisieren?

Mit HITACHI-Klimageräten in DUO- und TRIO-Splitausführung haben Sie diese Möglichkeit. Preisgünstiger als mit Einzelgeräten können über eine außerhalb des Raumes stehende Kompressoreinheit beim DUO zwei, beim TRIO drei Räume unabhängig voneinander klimatisiert werden.

Es spielt keine Rolle, ob die Räume nebeneinander oder übereinander liegen. Ob vom Wohnzimmer, Schlafzimmer, Kinderzimmer oder Büro — nur eine vorgefüllte Kältemittelleitung verbindet das Innengerät mit der Kompressoreinheit. Einfacher und schneller kann keine Raumklimatisierung eingebaut werden.

Informieren Sie sich, bevor es Ihnen zu warm wird, über das HITACHI-Gesamtprogramm. Wir haben bestimmt das passende Klimagerät für Sie, auch wenn Sie nur einen Raum klimatisieren wollen.

Coupon

Bitte senden Sie mir ausführliche Informationen bzw. Händlernachweis.

Name _____

Straße _____

Wohnort _____

Hitachi Sales Europa GmbH, Abt. K
Kleine Bahnstraße 8, 2000 Hamburg 54



Protestler-Dorf am Frankfurter Flughafen: Alarmruf mit Schneeballsystem

ten Kampf auf dem Frankfurter Flughafen.

Über japanische Strategien haben sich auch schon die Gegner der umstrittenen Startbahn West kundig gemacht. Von einem Besuch in Tokio brachten letzten Sommer Startbahnprotestler umfangreiches Photomaterial mit. In Dia-Vorträgen im Neu-Isenburger Frauenhaus, der Mörfeldener Volkshochschule und im selbstgezimerten Hüttendorf auf dem Startbahngelände wurde das „Knüppeln der Bullen auf Frauen, Alte und Studenten“ gezeigt — so Dirk Treber, Sprecher der „Bürgerinitiative gegen Flughafenerweiterung“ (BI). Zu sehen war aber auch, wie wehrbereite Bauern Gummireifen in Brand setzten, Gruben aushoben und sich darin verschanzten.

Die bürgerkriegsähnlichen Kämpfe um Narita sind, auf den Frankfurter Flughafen übertragen, offenbar nicht länger nur eine ferne Vision. Denn insgeheim, so die Erkenntnisse von Staatsschützern, rüsten radikale Gruppierungen für den Tag, an dem die Startbahn ins Werk gesetzt wird.

Für den Baubeginn haben sich die Sicherheitskräfte längst gewappnet, die Erkenntnisse aus Tokio sollen nur mehr dazu dienen, „das eigene Konzept zu überprüfen“ (Gries). Neben Einsatzplänen für die Räumung des besetzten Waldgebietes, das für die Betonpiste kahlgeschlagen werden soll, liegen Strategiepapiere bereit, wie Angriffen auf den Flugbetrieb zu begegnen ist. Nach den Auseinandersetzungen in Gorleben und Brokdorf steht in Frankfurt allem Anschein nach ein Konflikt von neuer Dimension zwischen der Staatsmacht und Bürgern bevor. Wie immer droht die breite Front des gewaltlosen Widerstandes von radikalen Kämpfern durchsetzt zu werden — diesmal offensichtlich mit einer wei-

teren Zielrichtung: Blockade des Flugverkehrs.

Militante Organisationen stehen neben einer Bürgerfront, in der sich Gruppierungen aller Couleur vereinigt haben: Gegen das „historische Umweltverbrechen“, wie SPD-Bürgermeister Bernhard Brehl aus der Anrainergemeinde Mörfelden-Walldorf den Kahlschlag von 370 Hektar Wald nennt, ziehen Christdemokraten mit Kommunisten, Pfadfinder mit Hausfrauen und Pfarrer mit Anarchisten zu Felde, nach Ansicht von BI-Sprecher Treber „die wirklichen Repräsentanten der Hessen“.

Genossen, die in der Frage des Flughafenausbaus dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Holger Börner die Gefolgschaft versagten, legten sich neben Stadtverordnete von DKP und CDU zum Hungerstreik auf die Pritsche ins Mörfelder Rathaus. Im Hüttendorf im Flörsheimer Wald, mitten auf der geplanten Startbahnschneise, helfen sich Jusos und Junge Union beim Zuschneiden der Holzbohlen für ihre Baumhäuser.

In dem Walddorf, dem Zentrum des Widerstandes, treffen nach und nach aber auch „die Öko-Freaks aus der Szene“ ein, wie der Walldorfer Steinmetz und Umwelt-Aktivist Walter Raiss beobachtet, ebenso „Gammler, die nur einen Schlafplatz und was essen wollen“ von dem, was die Evangelische Frauenhilfe jeden Mittag kocht.

Die gemischte Protestchar setzt vorerst noch auf den Rechtsweg. Durch ein Volksbegehren, das eine „Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren — keine Startbahn West“ betreibt, soll die Frankfurter Flughafen AG (FAG) am Bau der Startbahn gehindert werden — ein von der hessischen Verfassung eingeräumtes unmittelbares Recht zur Gesetzgebung, das aber hohe Hürden

setzt. So müssen dem Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf und die Unterschriften von mindestens drei Prozent der hessischen Stimmberechtigten, zur Zeit 118 020, beigelegt sein. Und jede einzelne Unterschrift muß von der Gemeindebehörde des Hauptwohnortes beglaubigt werden.

Läßt die Landesregierung den Antrag zu, werden in allen hessischen Gemeinden Listen ausgelegt, in die sich stimmberechtigte Wahlbürger eintragen können. Innerhalb von nur zwei Wochen muß dann ein Fünftel der Wahlberechtigten, derzeit 786 800 Hessen, unterschrieben haben. Danach beschließt der Landtag über den Gesetzentwurf. Lehnt er ihn ab, beginnt der Volksentscheid. An einem Wahlsonntag wird über den Gesetzentwurf mit

entscheiden — eine weitere Verzögerung des Verfahrens. Und bis zum Abschluß, befürchten die Umweltschützer, sind die Bäume längst gefällt, dann ist, ahnt Startbahngegner Raiss, „der Bürgerkrieg angezettelt“.

Womöglich im August, wenn die FAG die zur endgültigen Bauerlaubnis noch fehlenden wasserrechtlichen Genehmigungen in Händen hat, beginnt die Rodung. Auf diesen Zeitpunkt haben sich die Protestler eingerichtet. Ein Polizeibeamter, zu dem die Umweltschützer „einen guten Draht haben, gibt uns einen Tip, wenn es soweit ist“. Dann, erklärt BI-Sprecher Treber, „setzt der telefonische Rundspruch ein“. Im „Schneeballsystem“ werden die Mitstreiter in dreißig Ortschaften des Rhein-Main-Gebiets alarmiert.



Hessischer Innenminister Gries (r.): Geheime Mission in Tokio

Ja oder Nein abgestimmt, wobei die einfache Mehrheit genügt.

Ob das Verfahren überhaupt so weit läuft, ist fraglich. Denn gegen den vorgelegten „Entwurf eines Gesetzes über die Raumordnung im Bereich des Verkehrsflughafens Frankfurt a. M.“, in dem „die flächenmäßige Ausdehnung“ des Airports „auf das Gebiet der Stadt Frankfurt begrenzt wird“, hat die Landesregierung bereits „rechtliche Bedenken“ angemeldet. Der Ausbau des Flughafens, so die Wiesbadener Argumentation, sei „eine Frage des Luftverkehrsrechts“ und gehöre somit „ausschließlich in die gesetzgeberische Kompetenz des Bundes“. Das Volksbegehren, erklärte Justizminister Herbert Günther, „ist unzulässig“.

Bleibt die Landesregierung dabei, so muß der Hessische Staatsgerichtshof

Staatsschützer haben Hinweise, daß bei Aktionen „Frauen mit Kindern in die vorderste Linie geschickt werden, um Polizeieinsatz unmöglich zu machen“. Die Umweltschützer selbst rechnen mit unliebsamer Gesellschaft, dem „Schwarzen Block“ etwa oder der „Anarchistischen Konföderation“ — Gruppen, so beschreibt sie Treber, „die am Flohmarkt in Frankfurt dauernd Rambazamba machen und auf die wir keinen Einfluß haben“.

Mehr Sorge als die Widerständler, die sich in Baumwipfel zurückziehen, machen der Polizei die erwarteten Störaktionen im Flugbetrieb. Letzten Herbst schon blockierten Flughafenegner die Zufahrt zum Terminal und behinderten die Abfertigung an den Schaltern. Diesmal, glaubt ein hessischer Staatsschützer, „gibt es die ganz große Eskalation“.

RECHT

Sprachliche Feinheiten

Ein Heidelberger Arzt saß 75 Tage unschuldig in Untersuchungshaft, weil Zeugenaussagen falsch protokolliert worden waren.

Die „objektivste Behörde der Welt“, wie sich Beamte der Bundesanwaltschaft zu Karlsruhe gern selber loben, mußte Peinliches eingestehen: objektive Aussage-Verfälschungen zu Lasten eines Beschuldigten.

Der Heidelberger Arzt Karl-Heinrich Adzersen, 36, hatte, wie letzten Monat aktenskundig wurde, 75 Tage lang unschuldig in Untersuchungshaft sitzen müssen, weil die Karlsruher Strafverfolger vage Einschätzungen eines Zeugen als unmißverständliche Belastungs-Aussagen protokolliert hatten: Der Mediziner sei als Medikamentenlieferant der Terrorszene behilflich gewesen.

In einem Beschluß hielt das Stuttgarter Oberlandesgericht (OLG) Ende Mai die Protokoll-Pannen unnachlässig fest. Der Vertreter des Generalbundesanwalts, Oberstaatsanwalt Joachim Lampe, hatte laut Gericht zugegeben, die „ungenau Fassung gehe zu seinen, Lampes, Lasten“.

Bei der Beschreibung dessen, was da unter der Federführung des Generalbundesanwalts fabriziert worden war, hatte das OLG Stuttgart erkennbar Wortfindungsschwierigkeiten. Es behalf sich, um die fragwürdigen Protokolle nicht Protokolle nennen zu müssen, mit einer bezeichnenden Formulierung: „Aufschriebe des Oberstaatsanwalts Lampe.“

Aufgeschrieben hatte der Strafverfolger bei der Vernehmung von Hans-Joachim Dellwo, Kronzeuge der Anklage in Terroristenprozessen, in direkter Rede zwei scheinbar präzise Dellwo-Antworten: „Sie (die Gefangenen) forderten Aufputzmittel und bekamen sie von Adzersen.“ Und: „Aus Gesprächen im Büro, insbesondere mit Elisabeth von Dyck, weiß ich, daß Adzersen Medikamente besorgt hat.“

Unter Eid jedoch gestand der Oberstaatsanwalt schließlich vor dem OLG, Dellwo habe zu ihm „nie direkt gesagt, daß er erlebt habe, daß von Adzersen Medikamente kamen“. Auf den „offensichtlichen Widerspruch“ hingewiesen, räumte Lampe ein, durch sein Protokoll werde „nicht deutlich“, daß es sich „nur um eine Einschätzung“ des Zeugen, nicht aber „um die Darstellung einer ... erlebten Tatsache“ handelt habe.

Den zweifelhaften Ruhm, Möglichkeit und Wirklichkeit sowie Indikativ und Konjunktiv nicht auseinanderhalten zu können, teilt sich Lampe mit zwei Vernehmungsbeamten des Bun-

* Bei einer Übung des Sondereinsatzkommandos der hessischen Polizei.